

Ärger mit dem Müll

Bonn hat's beschlossen, der Kreis nimmt es hin, die Stadtoberen akzeptieren, die Stadtverordneten sollen's nur noch zur Kenntnis nehmen und die Bürger werden zur Kasse gebeten.

So könnte verkürzt lauten, was ab 1.1.1999 auf uns zukommt. Im „blickpunkt“ wurde bereits im November 1997 und Februar 1998 darauf hingewiesen, und jetzt stand das Thema Müll am 3. März, auf Wunsch der DKP/OL-Fraktion, auf der Tagesordnung der Bürgerversammlung in Walldorf.

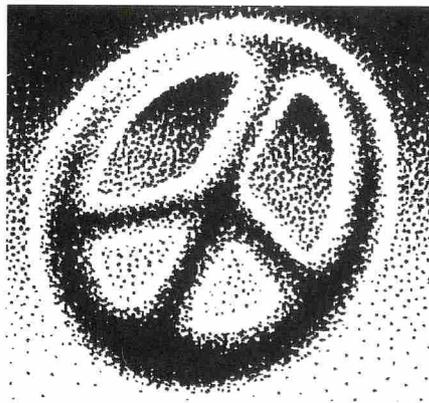
Für die anwesenden Bürger war das, was sie zu hören bekamen, äußerst unbefriedigend. Da sprach zur Erläuterung der Geschäftsführer der Riedwerke, Dr. Stroppel (ganz Technokrat). Er meinte unter anderem, das Bonner Gesetz (TASI, für Technische Anleitung Siedlungsabfall) sei schon vier Jahre alt und schreibe ab 1999 die Verbrennung des Restmülls vor. Wenn keine Verbrennungsanlage bestehe, habe dies spätestens ab dem Jahre 2005 zu geschehen. Er lobte den Grundsatzbeschuß des Kreistages, dem Zweckverband Abfallverwertung Südhessen (ZAS) beizutreten, dem noch die Kreise Darmstadt-Dieburg, Odenwaldkreis und die Stadt Darmstadt angehören. Dieser Beschuß wurde mit den Stimmen der SPD und der Grünen, bei einem „Jein“ der CDU gefaßt. Auch Bürgermeister Brehl gab zu, daß er als Kreistagsabgeordneter zugestimmt hat (wie war das noch mit den zwei Seelen in der Brust?). Ob Brehl, Vorndran oder Stroppel, alle äußerten nur Fakten und Sachzwän-

ge, hinter denen sie sich verstecken konnten. Die Bürger haben also keinerlei Unterstützung zu erwarten. Wenn sie sich nicht wehren, wenn sie keinen Druck auf die Parteien ausüben, wird unser Müll ab nächstem Jahr sehr teuer. Zur Zeit berechnet der Kreis (Riedwerke) der Stadt 250 Mark je Tonne für die Deponierung in Büttelborn. Für die Verbrennung in Darmstadt und Deponierung der Schlacken in Büttelborn soll die Stadt ca.430 Mark je Tonne bezahlen. Diese Erhöhung von ungefähr 70% wird auf die Bürger umgelegt. Dabei versprach man uns noch vor garnicht so langer Zeit, daß die Depo-

nie in Büttelborn, mit ihrer teuren Abdichtung und der dazugehörigen Kläranlage für die Sickerwässer, das Modernste sei. Erst sprach man von einer Nutzungsdauer von 21 Jahren und heute, nach umweltbewußter Getrenntsammlung, sogar von 50 Jahren.

Bei solchen weitreichenden Entscheidungen hätten unbedingt die Bürger und ihre Vertreter in den Städten und Gemeinden früher einbezogen werden müssen. Wäre es nicht sinnvoller gewesen, den Spielraum des Gesetzes bis zum Jahre 2005 auszunutzen? Das sind noch fast sieben Jahre und wer weiß, ob nicht bis dahin wieder neue Erkenntnisse kommen. In Zeiten leerer Kassen, auch der Haushaltskassen vieler Familien, sollten solche Veränderungen wohl überlegt werden.

Heinz Hechler



Ostermarsch 1998 Frieden und Arbeit für alle

Die Bundesrepublik Deutschland wird von keiner Seite militärisch bedroht. Armut, Arbeitslosigkeit, Umweltzerstörung und Demokratieabbau hingegen sind bedrohliche Ergebnisse einer Politik, die der Mehrheit der Bevölkerung keine akzeptable Lebensperspektive bietet.

Statt Investitionen in notwendige Reformen leistet sich Deutschland Rüstungsausgaben wie im kalten Krieg. So wurde der Bau des Eurofighters beschlossen, die Bundeswehr wird weiter kostenaufwendig perfektioniert und zu einer weltweit einsetzbaren Interventionsarmee umgerüstet.

Zunehmende neonazistische Umtriebe in der Bundeswehr sind Begleiterscheinungen einer Politik, die auf Aushebelung des Asylrechts, Abschottung der europäischen Grenzen, Demo-

(Fortsetzung nächste Seite)

(Fortsetzung von Seite 1)

kratieabbau durch den großen Lauschangriff, Fremdenfeindlichkeit und militärische Machtpolitik setzt.

Die längst überfällige NATO wird nicht abgebaut, sie soll erweitert werden, was neue Spannungen provoziert und Milliardenkosten verursacht. Wider jede Vernunft wird an der atomaren Strategie festgehalten, lagern einsatzbereite Atomwaffen in unserem Land.

Deutsche Kriegswaffen - profitträchtig an die Türkei geliefert - kommen beim Völkermord am kurdischen Volk zum Einsatz.

Diese Politik mag Interessen aus Wirtschaft, Politik und Militär entsprechen. Es ist höchste Zeit, sie zu beenden. Militär und Krieg lösen keine Probleme.

Unsere Forderungen für eine neue Politik sind:

- den Beschluß zum Bau des Eurofighters 2000 zurückzunehmen
- die Entwicklung der Bundeswehr zu einer weltweit einsetzbaren Interventionsarmee zu verhindern, das Kommando Spezialkräfte aufzulösen
- die Anschaffung neuer Waffensysteme sowie die „Modernisierung“ der Bundeswehr zu stoppen
- die Rüstungsausgaben drastisch zu reduzieren - Kriegswaffenproduktion in zivile Fertigung umzuwandeln
- den Waffenexport zu verbieten
- die Atomwaffen abzuschaffen - in Mitteleuropa damit zu beginnen
- anstelle von Abschreckung und militärischer Intervention auf zivile Konfliktlösungen zu setzen
- zu investieren in den Ausbau sozia-

Wilhelm-Hammann-Preis verliehen

Erstmals wurde jetzt im Heimatmuseum Groß-Gerau der Wilhelm-Hammann-Preis verliehen. Der Schüler Florian Bernhard aus Walldorf (Prälat-Diehl-Schule) erhielt den ersten Preis. Die beiden anderen Preise gingen an die Klasse 8e der Martin-Niemöller-Schule in Riedstadt und an Schüler der Wilhelm-Hammann-Schule in Erfurt.

- Sicherungssysteme, Arbeitsplätze in zukunftsfähigen Beschäftigungsfeldern und für die Verbesserung der Lebensverhältnisse und Umweltbedingungen der Menschen
- die demokratischen Rechte zu verteidigen
- mit allen Völkern Solidarität zu üben und deren gleichberechtigte Teilhabe an der internationalen Politik und Wirtschaft durchzusetzen.

Wir wollen und dürfen die Verwirklichung einer neuen Politik nicht alleine von den Politikern erwarten. Das gilt ungeachtet der Regierungskonstellation oder der parlamentarischen Mehrheitsverhältnisse. Wir wollen selbst auf den politischen Wechsel hinarbeiten.

Rüstung und Krieg lösen keine Probleme.

Deshalb:

Aktiv für einen politischen Wechsel.

**Ostermarschabschlußkundgebung:
Ostermontag, 13. April 1998,
13 Uhr, Frankfurt, Römerberg**

Töpfereien

Ex-Minister Töpfer, der in Bonn zuletzt 30.000 Mark im Monat erhielt hat einen neuen Arbeitsplatz bei den Vereinten Nationen. Hier kriegt er nur 20.000 Mark, der arme Kerl. Aber Helmut hilft. Er kriegt halt monatlich von Bonn noch eine Zusatzzahlung. Außerdem, schon jetzt steht ihm ja eine 10.000-Mark-Pension zu, das erhöht sich noch, er wird keine Not leiden.

Ach ja, einem Arbeitslosen, der früher in Frankfurt arbeitete, mutet man zu, einen Arbeitsplatz in Mannheim anzunehmen, obwohl er dort 300 Mark im Monat weniger hat. Und mit der Zusatzzahlung wird's wohl auch nix. rh

Wochenzeitung der DKP



Probexemplare bei der „blickpunkt“-Redaktion

Gedankensplitter

Lauschangriff entschärft?

Der Lauschangriff wurde ein wenig entschärft, heißt es. Es bleibt aber dabei, die SPD hat beim Abriß des Grundrechts auf Unverletzlichkeit der Wohnung mitgemacht. Und weil jetzt den Bürgern dieses stabile Dach der Demokratie fehlt, verhandelte sie darüber, an wen Regenschirme ausgeteilt werden dürfen.

Wo er recht hat, hat er recht

„Die SPD ist so gut, wie die Grünen sind. Die Grünen werden besser, wenn die PDS stärker wird.“

Joschka Fischer zu Alfred Biolek auf dessen Frage, warum vielen das neoliberale Müsli der Grünen nicht mehr schmeckt.



1963. Ostermarsch-Pause hinter dem Volkshaus in Mörfelden. Zu erkennen: Hans Kolb, Kurt Bachmann, Artur Siegel, Klaus Vack, Ernst Hechler u.a.



Alles wie gehabt

Beim Thema Flughafen werden die Positionen abgesteckt. Jeden Tag eine neue Erklärung. Klar, große Teile der Wirtschaft wollen erweitern, koste es was wolle.

Schützenhilfe gibt es von CDU und F.D.P., die SPD im Flughafenumland zielt sich noch. Schützenhilfe gibt es auch von Teilen der Medien. Manchmal spürt man die „FAG-Auftragsarbeiten“.

Die Bevölkerung ist in den Flughafenrandgemeinden, noch ziemlich resigniert. „Wir können ja doch nichts machen“, hört man oft. Weiter weg ist den Leuten die Sache ziemlich egal, aber das war vor 18 Jahren ebenso.

Dann gibt es noch diverse „Dialog-Schleiertänze“. FAG-Chef Bender lädt die Stadtverordneten unserer Stadt zum Dialog ein. Die Landesregierung will einen Dialog. Nennen wir es ruhig psychologische Kriegsführung.

Aber auch andere helfen Illusionen zu verbreiten. Bürgermeister Brehl (SPD) will ein „vertrauensschaffendes Verhalten, offene Dialogbereitschaft“ und mahnt ein „ergebnisorientiertes Mediationsverfahren“ an.

Baldur Schmidt (SPD) meint: „Durch den Ausbau der Flughafenfläche, Optimierung der Anflugtechnik . . . gäbe es Entwicklungsmöglichkeiten übers Jahr 2005 hinaus“. Also: Optimierung des Betriebs innerhalb des Flughafenzaunes.

Nun gibt es aber schon 392.000 Flugbewegungen, 392.000 mal Krach und Dreck. Aber jetzt steuert man 460.000 Flugbewegungen an, hat aber auch schon 500.000 im Auge. Dabei ist es für die Betroffenen zweitrangig ob das innerhalb oder außerhalb des Zaunes realisiert wird. Wir dürfen uns also keinesfalls auf den Satz einlassen, hinterm Zaun können die machen was sie wollen. Das heißt aber auch: die Menschen, die direkt unterhalb der Start- und Landebahnen wohnen, sollten verstärkt ihre eigenen Interessen selbst in die Hand nehmen.

Von den Ausbaubefürwortern wird immer nur die positive Seite des Ausbaues beschrieben, eine Gesamtbelastungsstudie gibt es jedoch nicht. Nie-

mand weiß genau, wie sich die Atemwegserkrankungen, die Herz- und Kreislaufprobleme entwickeln, ob die Region das alles noch aushält.

Allerdings, mit dem Arbeitsplatzargument kann man zur Zeit fast jede Diskussion platt machen. Vielen Betriebsräten und aktiven Gewerkschaftern fällt dann auch nichts anderes ein. Betriebsräte kämpfen für den Bau des Eurofighters, warum nicht dann auch für eine neue Startbahn? Bei allem Verständnis für die Angst der Kolleginnen und Kollegen, den Arbeitsplatz zu verlieren - das ist der falsche Weg.

Bei den Sozialdemokraten auf allen Ebenen gibt es Taktiererei. Vor allem dominieren aber regionale Interessen. Jedes Land will halt seinen Flughafen, und der soll natürlich der größte sein. Allenthalben spürt man die Angst vor neuen Konflikten am Frankfurter Flughafen. Man überlegt in Wiesbaden und anderswo, wie man sie wohl vermeiden könne. Deshalb „Dialog“ und „Mediation“. Es wäre gut, wenn sich in diesen Kreisen die Erkenntnis durchsetzt: die Konflikte werden unausweichlich kommen, wenn man an den Ausbauplänen festhält. Rudi Hechler

Job-Maschine

Ein Unwort macht die Runde - Jobmaschine. Mit einer Maschine werden Arbeiten erledigt, Dinge fabriziert. Doch eine Maschine produziert keine Arbeitsplätze, meist ist das Gegenteil der Fall. Auch auf dem Flughafen werden jährlich hunderte Arbeitsplätze durch Rationalisierung und Umorganisationen vernichtet. Nur der steigende Umsatz, die ausufernden Start- und Landekapazitäten halten dagegen. Ginge es den Politikern und Wirtschaftsvertretern um die Arbeitsplätze, hätten sie auch gegen die Privatisierung von Post, Bahn und Lufthansa etc. sein müssen, denn dort sind hunderttausende Arbeitsplätze vernichtet worden. Also: Man sollte nicht immer das Totschlagargument von den Arbeitsplätzen benutzen. Es ist unehrlich und verdeckt die wahren Interessen der Verantwortlichen. rd

Bürgerinitiative stellt Forderungen zum „Dialog der Landesregierung“

Die Bürgerinitiative gegen die Flughafenenerweiterung Frankfurt stellt Forderungen zum angebotenen „Dialog der Landesregierung“. In ihrer Pressemitteilung heißt es u.a.:

„Für die BI bedeutet der Vorschlag von Ministerpräsident Eichel, daß ein Dialog nur das Ziel haben kann:

- eine Obergrenze von max. 300.000 Flugbewegungen für das Rhein-Main-Gebiet festzulegen,
- ein Nachtflugverbot von 22-6 Uhr zum Schutz der Gesundheit der Bevölkerung endlich durchzusetzen,
- den jetzigen Zaun als Grenze der bebaubaren und nutzbaren Fläche des Flughafens endgültig festzuschreiben,
- keinen weiteren Waldeinschlag mehr für den Flughafen zuzulassen.

Der von der Landesregierung organisierte Dialog zum Thema „Zukunft der Gentechnik“ hat in der Vergangenheit gezeigt, daß es bei solchen Gesprächen primär darum geht, die Akzeptanz umstrittener Projekte durchzusetzen. Gleiches ist auch von dem jetzt vorgeschlagenen Dialog zu erwarten. Wir vergessen jedoch nichts: Die Zusagen von Holger Börner (SPD) von 1981 „Kein Baum wird mehr fallen“ und andere Lügen von Landespolitikern. Die strafrechtlichen Verfolgungen und Bespitzelungen von Bürgern die gegen den Bau der Startbahn 18 West gekämpft haben.

Die bis heute andauernden Umweltzerstörungen die mehrere hundert ha Wald vernichtet haben. Letztes Beispiel: Parallel zum Angebot des Dialoges läßt die Landesregierung halb legale Rodungen für das Lufthansa-Bürogebäude außerhalb des Zaunes zu. Es bleibt dabei: Keine Flughafenenerweiterung und Nachtflugverbot!“



Die Spielregeln ändern

Die Regierung Kohl steht für die Zerstörung der Existenzgrundlagen von immer mehr Menschen. Offiziell sind wir bei 5 Millionen Arbeitslosen angelangt. In Wirklichkeit sind es noch einige Millionen mehr, denn viele ältere, in Umschulungswarteschleifen Abgeschobene und besonders viele Frauen fallen aus der Statistik. Sie melden sich nicht arbeitslos, weil sie keine Chance sehen und werden ins soziale Abseits gedrängt.

Nicht wenige Frauen - vor allem im Osten - haben ihre Arbeit aufgeben müssen, weil sie Kindergärten und Hortplätze nicht mehr bezahlen können. Besonders dramatisch ist die Lage alleinerziehender Mütter.

Während es angeblich an Mitteln zur Finanzierung neuer Arbeitsplätze fehlt, fahren die Unternehmer immer höhere Profite ein. In zwei Jahren stieg z.B. der Nettogewinn bei Siemens um 50 Prozent, die Dividenden wurden erhöht und gleichzeitig 6.000 weitere Stellen gestrichen.

Während die Leistungen für Arbeitslose und Sozialhilfeempfänger gekürzt werden, kassiert die Rüstungsindustrie Milliarden für unsinnige Militärprojekte wie den Eurofighter. Der Bosnieninsatz der Bundeswehr soll zum Dauerzustand werden. Kohl sichert den USA großzügige Unterstützung bei einem Militärschlag gegen den Irak zu.

Damit muß Schluß sein!

Wir fordern:

Arbeitsplätze durch Verkürzung der Arbeitszeit bei vollem Lohnausgleich.

Beschäftigungsprogramme mit mehr Chancen für Frauen.

Chancengleichheit in Bildung und Ausbildung.

Ersatzlose Streichung des § 218.

Strafverfolgung für Gewalt gegen Frauen.

Finanzielle Absicherung von Frauenhäusern, Selbsthilfe- und Kulturprojekten von und für Frauen.

Frauen haben schlechte Karten

Frauen stellen 70% der Beschäftigten in nicht sozialversicherungspflichtigen Arbeitsverhältnissen.

Frauen werden als erste gefeuert. Die Arbeitslosenquote ist höher als bei den Männern.

Frauen erhalten bei gleicher Qualifikation 25% weniger Lohn als Männer.

Frauen können künftig erst mit 65 Jahren in Rente gehen.

Frauen haben zu 78% kein existenzsicherndes Einkommen, selbst bei Vollzeittätigkeit können nur gerade 50% von ihrem Lohn leben.

Frauen erhalten nach 45 Arbeitsjahren nur eine Durchschnittsrente von 796,- DM.

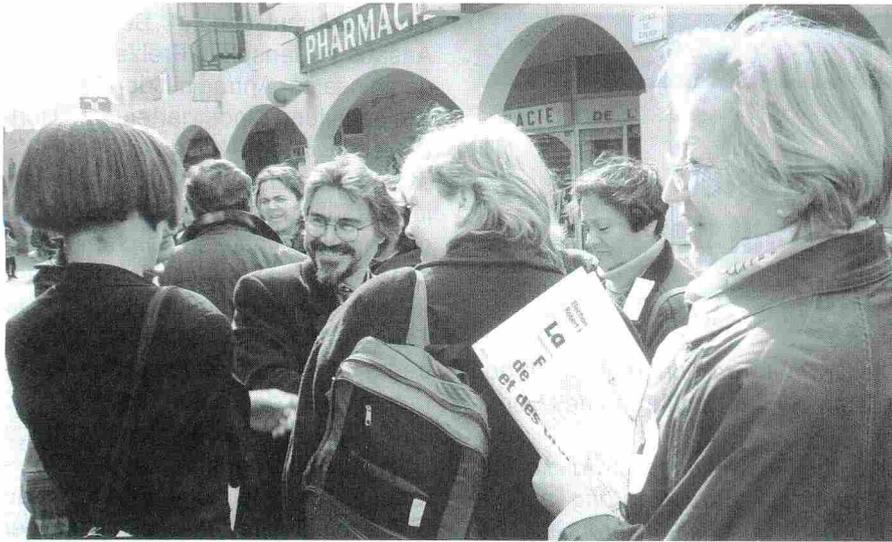
Frauen verrichten zwei Drittel aller gesellschaftlichen Gesamtarbeit (einschl. Hausarbeit).

Frauen im Osten wurden als erste arbeitslos. Bereits ein Jahr nach der Wende verloren eine Million Frauen ihren Arbeitsplatz, bis 1995 kamen weitere 600.000 zum Arbeitslosenheer dazu.

Der Nötigungsparagraph 218 soll nach den Plänen von Kohl und Kirche noch weiter verschärft werden.



8. März, „Internationaler Frauentag“. Wie in jedem Jahr ist die DKP unterwegs, verteilt Blumen und informiert. Rudolf Dötsch, ehrenamtliches Magistratsmitglied der DKP/Offene Liste, überreicht rote Rosen im Rathaus.



Frauen aus Mörfelden-Walldorf auf dem Marktplatz in Vitrolles. Gesprächspartner (Bildmitte): Henri Agarrat, Vertreter der Kommunisten im Stadtparlament von Vitrolles.



„Es ist besser, jetzt Mut zu haben, als nachher“

Das sagte die Sprecherin einer antifaschistischen Organisation in Vitrolles. Anlässlich des Internationalen Frauentages besuchten Vertreterinnen des Frauentreffs, des Frauenforums, sowie die Frauenbeauftragte der Stadt Mörfelden-Walldorf Vitrolles, um dort an Gesprächen mit Frauen teilzunehmen. Mit dabei waren auch Frauen aus der holländischen Partnerstadt Wageningen und aus Ilmenau (Thüringen). Unsere Gastgeberinnen in Vitrolles erzählten über ihren Alltag, von Übergriffen der „Front National“ auf politisch Andersdenkende und wie sie sich dagegen wehren. Nach dem Wahlerfolg der „Front National“ haben die neuen Machthaber 150 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadtverwaltung entlassen. Sie gaben finanzielle Gründe an, aber es waren rassistische und politische Gründe gewesen. Diese 150 Stellen wurden zum Teil mit ausgebildeten Sicherheitskräften wieder besetzt. So versucht die FN ein trügerisches Bild von „Recht und Ordnung“ zu vermitteln. Es gibt vor Ort viele Initiativen, um die wahre Politik der „Front National“ zu entlarven und aufzuklären, daß der Weg der „Rechten“ in eine Sackgasse führt. Frauen zeigen dabei sehr viel Engagement und Mut, sie sind ja auch die Hauptleidtragenden. Die Frauen sollen aus dem Berufsle-

ben verdrängt und die „Heim-und-Herd“-Ideologie wieder verwirklicht werden. Bei allen Aktionen und Veröffentlichungen müssen sie mit Gewalt rechnen. Da gibt es beispielsweise die „FN der Jugend“. Diese junge Menschen haben eine gewalttätige Einstellung. Sie greifen Bürgerinnen und Bürger an und entkommen meistens unbekannt, da sie zudem nicht in Vitrolles wohnen. Es gibt Trainingslager für rechte Jugendliche und auch eine politisch rechte Universität in Paris. Der alltägliche Rassismus sieht so aus, daß beispielsweise Stadtteile, die einen hohen Ausländeranteil haben, von der städtischen Reinigung ausgeschlossen werden. Rechte Schriften liegen in Bibliotheken großzügig aus und bei Neueinstellungen in der Stadtverwaltung werden die BewerberInnen gefragt, ob ihre männlichen Angehörigen „Blut für Frankreich“ vergossen haben.

Die Abschlußveranstaltung des Aufenthaltes fand in Gardanne statt. Dort wurde eine Resolution verlesen, die zum Ausdruck brachte, daß man nicht schweigen darf, wenn Unrecht zum Gesetz wird. Es war wichtig, daß wir dort waren und die Kontakte müssen weiter ausgebaut werden. Helga Fritz

**Jede Mark hilft dem
»blickpunkt«!**

Unser Konto:
Kreissparkasse Groß-Gerau
Konto-Nr. 9003419,
BLZ 50852553

Aktuell nach 150 Jahren

Noch keine dreißig waren die beiden Rheinländer Karl Marx und Friedrich Engels, als sie vor 150 Jahren beauftragt wurden, für den „Bund der Kommunisten“ dessen Programm zu schreiben. Ende Februar 1848, wenige Wochen vor Ausbruch der Revolution in Deutschland, verließ die erste kleine Auflage von tausend Exemplaren die Londoner Druckerei.

Millionenfach, in fast allen Sprachen der Welt, wurde seither dieser wohl bekannteste Marx-Engels-Text als Kommunistisches Manifest gedruckt, gekauft, gelesen, diskutiert, sezirt, analysiert, dogmatisiert, gepriesen, verboten, beschimpft, verhöhnt, für veraltet und überholt erklärt.

Veraltet und überholt? Auf manche Textstelle trifft das zu. Die Autoren selbst verweisen bereits 1872 darauf, daß das „Programm stellenweise veraltet“ ist. Für sie war das Manifest ja auch kein Dogma. Überzeugt waren sie zugleich jedoch davon, daß die im „Manifest entwickelten allgemeinen Grundsätze im großen und ganzen ihre volle Richtigkeit behalten“. Gilt das auch heute? Die Antwort findet man, indem man das Manifest im Original liest.

Man wird schnell merken: es gibt kaum eine aktuellere Lektüre, als diese 150 Jahre alte Schrift.

Wie sieht es mit Kindergartenplätzen aus?

Die DKP/OL-Fraktion fragte nach der „Belegungssituation in den Betreuungseinrichtungen“

„Wie ist die derzeitige Belegungssituation in den Kindertagesstätten?

Wie stellt sich die Situation in den konfessionellen Kindergärten dar?

Wie ist die Situation in den städtisch geförderten privaten Betreuungseinrichtungen?

Gibt es Wartelisten in den einzelnen Einrichtungen und welchen Umfang haben diese?

Mit welchen Wartezeiten auf einen KITA-Platz ist ggf. zu rechnen?

Wie sieht das derzeitige Betreuungsangebot in den Grundschulen aus?

a) Gibt es Versorgungsmängel?

b) Wie sind die Perspektiven?“

Was kostet die Stadt der Euro?

Die DKP/OL-Fraktion fragte nach den Kosten bei der Einführung des Euro.

„Welche Auswirkungen wird die Einführung der Euro-Währung auf die Haushaltswirtschaft unserer Stadt haben?“

Gibt es Erkenntnisse, in welchem Umfang dabei Kosten für die Stadt entstehen?

Hat für die etwaigen Kosten die Stadt aufzukommen, oder ist dafür ein Ausgleich zu erwarten?“

Sowie die Antworten vorliegen, werden wir sie veröffentlichen.

Haushaltsplan für 1998 beschlossen. DKP/OL enthielt sich

Zum Abstimmungsverhalten der DKP/OL-Fraktion erklärte Gerd Schulmeyer u.a.:

„Die DKP/OL hat nach der Kommunalwahl 1997 durch ihre Entscheidung für einen Kurs der Tolerierung der relativen SPD-Mehrheit in Haushalts-Entscheidungen einen neuen Weg für eine sachliche Politik in unserer Stadt eröffnet.

Der Stadt und ihren Bürgerinnen und Bürgern ist damit ein Ruck nach rechts und einiges an Kosten erspart geblieben, wenn man an die Thematik des 3. Stadtrats denkt oder ein Rechnungsprüfungsamt, wie es die CDU gern besetzt hätte.

Wir haben deutlich gemacht, daß für uns die soziale Orientierung in der Kommunalpolitik erste Priorität hat, aber

auch, wer stärker zur Finanzierung des Haushalts herangezogen werden soll. Wir wollen, daß auch weiterhin ein starkes Augenmerk darauf gerichtet wird, Abstriche an Sozialleistungen zu vermeiden und den Blick dafür zu schärfen, wie durch politische Veränderungen in unserem Land die Finanzsituation unserer Stadt verbessert werden kann. Daß wir dabei nicht die uneingeschränkte Zustimmung in diesem Parlament haben, ja nicht einmal die SPD dem ohne Vorbehalt folgt, liegt in der Natur der Sache und gilt auch umgekehrt. Für eine Stimmenthaltung in der Abstimmung zum HH 98 genügen uns die erkennbaren Ansätze, an denen weiter zu arbeiten sein wird.“

Was aus unseren Anträgen wurde

Angenommen wurden unsere Anträge zu „Förderung zusätzlicher Ausbildungsplätze“ (als gemeinsamer Antrag von DKP/OL, SPD und Grünen), „Sozi-

albericht/Armutbericht“, „Beibehaltung Ansatz Ferienspiele/Freizeiten“ (als gemeinsamer Antrag mit den Grünen), „Beibehaltung Kindergarten- und Hortfreizeiten in den KITAs VII und IX“, „Keine Kürzung Altenhilfe“, „Bericht innerstädtische Buslinien“, „Resolution Gemeindefinanzen“, „Schreiben an den Deutschen Städtetag und den Städte- und Gemeindebund“, „Kommunale Friedensarbeit“ (als gemeinsamer Antrag mit SPD und Grünen) und „Fahrradboxen an den Bahnhöfen“

Zurückgezogen haben wir die Anträge „Wassersparprogramm“, den wir überarbeiten und neu einbringen wollen und „Projekt Hilfe zur Arbeit“, der in der Sitzungsrunde im März erneut aufgerufen wird.

Abgelehnt wurden leider unsere Anträge „Zuschüsse für Fraktionsräume“ (Hier: Streichung der Mittel für die CDU, die als einzige Fraktion diesen Anspruch erhebt), und „Urnenwände Friedhof Walldorf“ (Hier tut sich die Stadtverwaltung offensichtlich schwer, einen Standort für ein solches, auf dem Mörfelder Friedhof schon seit Jahren selbstverständliches Angebot zu finden). Wir bleiben dran.

CDU will Wasserturm verschenken

Anträge zum Haushalt 98 hatte die CDU nicht gestellt. In seiner Haushaltsrede schlug Hugo Jung unter anderem vor, das Mörfelder Wahrzeichen - den Wasserturm - für 1,- DM zu verkaufen, um den Haushalt zu sanieren. Gut, daß die CDU hier nicht viel zu sagen hat.

Abgelehnt

... wurden in der Stadtverordnetenversammlung im Februar die Magistratsanträge, nach denen der Eintritt ins Waldschwimmbad, die Gebühren der Musikschule und Mieten für städtische Räume und Geräte erhöht werden sollten. DKP/OL, Grüne und CDU stimmten gegen die Erhöhung.

Grüne machen Schwarze stark

In seiner Rede zum Haushalt '98 forderte Fraktionssprecher Urhahn die CDU auf, gemeinsam Opposition zu

machen. Daß die Grünen im Umgang mit der CDU sehr flexibel sind, wenn es gegen die SPD geht, ist in unserer Stadt nichts Neues. Daß es dabei im Einzelfall zu kaum nachvollziehbaren Schulterschlüssen kommt, werden die Kolleginnen und Kollegen der „Oppositionskoalition in spe“ der interessierten Öffentlichkeit sicher gerne erklären.

Erhöhung der Müllgebühr

Dazu erklärte Ludwig Hechler für die DKP/OL zu Protokoll:

„Die DKP/OL nimmt die Ausführungen des Magistrats zum Beitritt der Riedwerke zur ZAS und den Auswirkungen auf die kommunale Abfallwirtschaft und die Abfallgebühren mißbilligend zur Kenntnis.“

Wir halten es für eine Zumutung, in welcher Weise hier „von oben herab“ die Bürgerinnen und Bürger mit neuen Gebührenerhöhungen im Abfallbereich konfrontiert werden.

Der Verdacht liegt nahe, daß vor dem Hintergrund vorhandener Überkapazitäten der Betreiber von Müllverbrennungsanlagen die Bürger für die Finanzierung und Kostendeckung in diesem Bereich herangezogen werden sollen. Wir lehnen diesen einfachen Weg ab. Es kann nicht angehen, daß derartige Vorgaben auf dem Wege der Kenntnisnahme als „Auswirkung auf die Kommunalen Abfallgebühren“ als reine Weitergabe von Kreistagsbeschlüssen dem Stadtparlament als unvermeidliche Handlungsanleitung mit auf den Weg gegeben werden.

Wir erwarten vom Magistrat unverzüglich Initiativen, die Möglichkeiten eröffnen, Gebührenerhöhungen in der dargestellten Höhe zu vermeiden.“

Die DKP/Offene Liste hatte auch dafür gesorgt, daß das Thema Müllgebühren auf die Tagesordnung der Bürgerversammlung in der Walldorfer Stadthalle kam.

**Der „blickpunkt“
freut sich immer auf
Leserbriefe**

Warum keine Urnenwände auf dem Friedhof Walldorf?

Wiederholt, und das seit Jahren, stellte die DKP/OL-Fraktion den Antrag, wie in Mörfelden auch auf dem Walldorfer Friedhof Urnenwände aufzustellen. Es wurden auch Mittel in den Haushaltsplänen eingesetzt, aber geschehen ist seitdem noch nichts. Ausreden, warum dies nicht erfolgte, gab und gibt es jedoch von seiten des Bürgermeisters Brehl und des ersten Stadtrates Vorndran genug.

So sagte man uns zuerst, in Walldorf sei die Verbreitung von Feuerbestattungen nicht sehr groß und darum Urnenwände nicht angebracht. Später, als dies nicht mehr haltbar war, hieß es, es gäbe eine Unterschriftenliste von Bürgern gegen eine solche Anschaffung. Dabei war nur der ausgewählte Standort nicht auf Gegenliebe gestoßen.

Nun, obwohl beide Argumente nicht mehr ziehen, geschieht immer noch nichts. Bereits vor etwa zwei Jahren, als eine alleinstehende Frau die Urne ihres verstorbenen Mannes gerne in einer Urnennische untergebracht hät-

te, riet ihr der Bürgermeister, die Urne in der Friedhofshalle zu deponieren, da in wenigen Wochen auch in Walldorf mit der Aufstellung der Wände begonnen würde. Hätte die Frau den Rat des Bürgermeisters befolgt, stünde die Urne heute noch dort.

Zum Haushalt 1998 wurde erneut ein Antrag von der DKP/OL-Fraktion hierzu eingebracht, um die ersten vier Wände mit insgesamt 36 Nischen noch 1998 aufzustellen. In der Begründung hierzu hieß es unter anderem: „Nachdem im Stadtteil Mörfelden seit 1993 Urnenwände vorhanden sind und von den Bürgern auch verstärkt gewünscht werden, ist es an der Zeit, daß diese auch im Stadtteil Walldorf aufgestellt werden. Inzwischen liegt der Anteil der Feuerbestattungen in den beiden Stadtteilen fast gleich hoch und betrug bereits 1995 in Mörfelden 72% und in Walldorf 60%“. Doch auch dieser Antrag wurde mit den Stimmen der SPD und der Grünen abgelehnt, was nicht zu verstehen ist, denn Walldorfer Sozialdemokraten sind doch in der Regel für die Gleichbehandlung beider Stadtteile. In einer solchen Situation bleibt den Angehörigen und Interessenten nur die Möglichkeit, sich an diese beiden Fraktionen und an den Bürgermeister zu wenden. Auch die DKP-Fraktion wird an dem Thema dran bleiben.

HH

Die Schnapsidee des Herrn Grandke

Offenbachs Bürgermeister Grandke - ein umtriebiger Mann - hat eine glorreiche Idee. Indem er einen Großteil der städt. Angestellten zu Beamten machen will, spart die Stadt Geld. Wieso? Für Beamte entfällt weitgehend die Zahlung in die Sozialversicherung. Einen Teil dieser Einsparungen sollte - nach den Vorstellungen Grandkes - in einen Fond eingezahlt werden, um die Pensionen zahlen zu können. Der Pferdefuß: Durch die Verbeamtung werden die Mitarbeiter der Sozialversicherung entzogen. Und es ist klar, daß weniger Einnahmen bei der Arbeitslosen-, Krankenkassen- und Rentenversicherung die Lage dieser Kassen verschlechtert.

Das Offenbacher Beispiel bundesweit angewandt würde bedeuten, daß entweder Beiträge steigen oder Leistungen gekürzt werden müßten. Darüber hinaus würden die nachkommenden Generationen mit einer weiteren Hypothek belastet, weil ja dann die Pensionen bezahlt werden. Also, eine Schnapsidee!

Haselbach im Gegenwind

Kaum wittert Rudi Haselbach die Chance, doch wieder in den Landtag zu kommen, melden sich neue Bewerberinnen und Bewerber, die im Wahlkreis Groß-Gerau für die CDU antreten wollen. Wir sind gespannt, wie die CDU mit ihrem ewigen Verlierer umgeht.

Stadtgeschichten



Schwer beladen war das Fuhrwerk des Steinmetzgeschäftes Adam Raiss aus Walldorf, Kelsterbacher Straße 36, als es im Jahre 1930 in Frankfurt fotografiert wurde. Geladen waren Fensterbänke und Gewändesteine, die man auf einer Frankfurter Baustelle bereits erwartete. Wie sich Walter Raiss, der Meister des heute noch in Walldorf bestehenden Steinmetzbetriebes erinnert, mußten die Teile immer pünktlich während des Mauerns der Außenwände eingesetzt werden. "Es war eine schwere Arbeit mit geringen Hilfsmitteln – vom Herstellen in der Werkstatt, dem Auf- und Abladen, dem Verteilen in den einzelnen Stockwerken, bis zum Einsetzen an den dafür vorgesehenen Stellen. Damit bei dem Transport keine Beschädigungen vorkamen, wurde Stroh zwischen die einzelnen Teile gelegt". Nicht selten waren die Gewändesteine für noble Frankfurter Villen bestimmt, wie eine im Hintergrund unseres Bildes zu sehen ist. Weiter war zu erfahren, daß das vordere Pferd Valentin Cezanne (Metzger-Karls-Valtin), Langstraße 27, und das hintere Ludwig Zwilling (Schmidts-Loui), Langstraße 36 gehörte. Der Fuhrmann, beschäftigt bei Ludwig Zwilling, war Wilhelm Dechert aus Mörfelden.



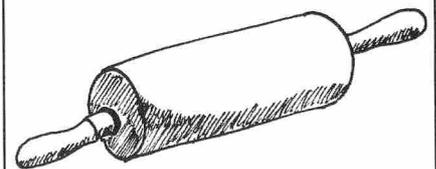
„Dann sollen sie doch Kuchen essen!“

Ausspruch von Marie Antoinette, Königin von Frankreich und Gemahlin von Ludwig dem XVI, nachdem ihr berichtet wurde, das Volk würde hungern, denn es könne das Brot nicht mehr bezahlen.

Im Revolutionsjahr 1793 starb sie, wie zuvor ihr Gatte, auf der Guillotine.

Menschenverachtende Sprüche gibt es auch heute. Und viele von denen „da oben“ wissen möglicherweise tatsächlich nicht, wie es denen „da unten“ eigentlich geht.

Unser Lexikon



Welljerholz
Nudelholz

